



Rüsselsheim, 3.10.2017

Büro Stadtverordnetenversammlung
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Antrag Rüsselsheim-Pass (zur Verweisung)

Die Fraktionen SPD, WsR, Bündnis 90/Die GRÜNEN und Linke/Liste Solidarität stellen gemäß § 17 der Geschäftsordnung folgenden Prüfantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim beauftragt den Magistrat, eine Ausweitung der Regelungen des 'Berechtigungsausweises zur Inanspruchnahme ermäßigter städtischer Dienstleistungen' zu prüfen und in ihren Konsequenzen darzustellen. Dabei sollen sowohl eine Ausdehnung des Kreises der Berechtigten und eine Verbesserung bei bestehenden Ermäßigungen, als auch eine Erweiterung auf den ÖPNV in die Prüfung mit einbezogen werden.

Begründung

Angesichts der viel zu geringen Beträge, die in den Regelsätzen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG für Grundbedürfnisse wie Mobilität, Bildung, Kultur vorgesehen sind (siehe die entsprechenden Nachweise in den Gutachten der Diakonie Deutschland und der Paritätischen Forschungsstelle), ist im Interesse an der Teilhabe aller Menschen an diesen gesellschaftlichen Gütern eine deutliche Verbesserung bezüglich der Reduktionen bei der „Inanspruchnahme ermäßigter städtischer Dienstleistungen“ notwendig. Wie bereits in vielen anderen Kommunen praktiziert, ist dabei eine Ausweitung auf den ÖPNV wichtig. Da gerade Menschen, die mit ihren Einkommen knapp über den Grenzen der SGBs zum Erhalt von Grundsicherungsleistungen liegen, nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten für die Nutzung der genannten gesellschaftlichen Güter haben, ist eine Ausweitung der Berechtigung auf sie erforderlich. Die genannten Maßnahmen wären ein kleiner Schritt, um mehr Menschen die ihnen nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zustehenden Rechte und Freiheiten auch real zu ermöglichen. Zugleich wäre es für die Gesellschaft als Ganzes von Vorteil, wenn nicht durch den einkommensbedingten Ausschluss von Teilhabe die soziale Spaltung aufrechterhalten und verschärft würde.

Sanaa Boukayeo
SPD-Fraktionsvorsitzende

Joachim Walczuch
Fraktionsvorsitzender
WsR

Maria Schmitz-Henkes
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen

Karl-Heinz
Schneckenberger
Fraktionsvorsitzender
Die Linke/Liste Solidarität